Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 123. Sonnabend den 3. Mai 1890. 84. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag, den 4. Mai, Vormittags nur bis ½9 Uhr**

geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Die Königliche Kreishauptmannschaft zu Leipzig hat laut Verordnung vom 10. laufenden Monats auf Grund des §. 100b Ziffer 3 der deutschen Reichsgewerbeordnung bis auf Weiteres für den Bezirk **der Glaser-Innung zu Leipzig** bestimmt, daß Glaser, welche zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl derselben aber nicht angehören, **vom 1. August 1890 an** Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Wir bringen dies zur allgemeinen Kenntniß unter Hinweis auf Artikel II des Reichsgesetzes vom 6. Juli 1887, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung, wonach Zuwiderhandelnde mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen zu bestrafen sind, und bemerken hierzu, daß der Bezirk der Glaser-Innung den Gemeindebezirk der Stadt Leipzig, sowie die Ortschaften Möckern, Wahren, Stahmeln, Breitenfeld, Seehausen, Groß- und Klein-Wiederitzsch, Lindenthal, Mockau, Abtnaundorf, Anschönefeld, Stünz, Mölkau, Paunsdorf, Zweinaundorf, Neusellerhausen, Stötteritz, Probstheida, Dösen, Dölitz, Raschwitz, Connewitz, Lößnig, Gautzsch, Schleußig, Knauthain, Knautkleeberg, Windorf, Klein- und Großzschocher, Plagwitz, Schönau, Lindenau, Leutzsch, Barneck und Böhlitz-Ehrenberg umfaßt.

Leipzig, den 28. April 1890.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Kasselt.

### Bekanntmachung.

**Montag, den 5. Mai d. J.,**
sollen die Asphaltirungsarbeiten in der
**Königsstraße**
wieder aufgenommen werden.

In Folge dessen wird der noch nicht fertig gestellte Theil dieser Straße von dem gedachten Zeitpuncte ab
**für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 30. April 1890.

IX. 2855. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hennig.

### Ausschreibung.

Die zum Erweiterungsbau der Turnhalle an der IV. Bezirks-Schule in der Hochstraße erforderlichen Maurer- und Zimmerarbeiten sollen vergeben werden.

Die Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse, sowie die Zeichnungen können in unserem Rathsbauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, eingesehen, bez. von da gegen Erlegung von 1,50 ℳ für die Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen zu den Maurerarbeiten und von 1,00 ℳ für dieselben zu den Zimmerarbeiten bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:
**„Turnhalle IV. Bezirks-Schule, Maurerarbeiten bez. Zimmerarbeiten"**
bis zum 9. Mai cr. Vormittags 10 Uhr an obenbezeichneter Stelle portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 30. April 1890.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ib 2257. Dr. Georgi. Rüling.

### Bekanntmachung.

Die Erd- und Pflaster-Arbeiten bei der Regulirung der Langen und Kohlgarten-Straße in Alt-Leipzig und Leipzig-Reudnitz sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
**„Regulirung der Kohlgarten-Straße"**
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. Mai 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 23. April 1890.

**Des Raths der Stadt Leipzig**
Ib. 2113. **Straßenbau-Deputation.**

### Gesucht

wird die angebliche Stuhlflechterin
**Henriette Dorothee Wilhelmine** verwittwete **Gericke** aus **Königslutter,**
welche über ihre Aufenthalts- und Unterstützungs-Wohnsitz-Verhältnisse zu befragen ist.

Dieselbe zieht mit einem 20jährigen Sohne, der Schiffbauer sein soll, und einem 6jährigen Mädchen in der Welt herum.

Beim Betreffen bitten wir die pp. Gericke der nächsten Verwaltungs-Behörde zur Befragung vorzuführen, das hierüber aufgenommene Protokoll uns aber zuzusenden.

Leipzig, den 28. April 1890.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
**(Armenamt.)**
A. R. Abth. I. 2041. Ludwig-Wolf. Klg.

### Gesucht

wird die am 17. März 1853 hierselbst geborene ledige
**Louise Marie Arnstädt,**
welche zur Fürsorge für ihr in Waisenpflege befindliches Kind Moritz Willy Arnstädt anzuhalten ist.

Leipzig, den 29. April 1890.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
**(Armenamt.)**
IVa 290c/90. Ludwig-Wolf. Hr.

### Bekanntmachung.

Im Monat April a. c. gingen bei dem unterzeichneten Vereine ein:
durch Herrn Friedensrichter Aug. Siebert:
10 ℳ Sühne i. Sach. G. A. / A. H.,
3 „ „ „ „ R. B. / A. D.,
worüber hierdurch dankend quittirt wird.

Leipzig, 2. Mai 1890.

**Der Vorstand des Samariter-Vereins.**
Schnoor, Schatzmeister.

## Nachwort zur Kundgebung vom 1. Mai.

Die für den 1. Mai geplante allgemeine Arbeitseinstellung zum Zweck der Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages ist nicht zu Stande gekommen, die bestehenden Zustände haben sich als fest und lebenskräftig genug erwiesen, um sie zu verhindern. In allen Industriecentren ist wie immer regelmäßig gearbeitet worden und wo das nicht geschehen ist, haben die Arbeitgeber ihren Arbeitern den Tag freigegeben. Die einzige Ausnahme bildet das belgische Kohlenbecken in der Gegend von Lüttich, Mons und Charleroi, wo die Arbeit am 1. Mai durchweg geruht hat, ohne daß eine Vereinbarung mit den Grubenvorständen stattgefunden zu haben scheint.

Ruhestörungen sind vorgekommen in Wien, Paris, Rom, Turin, Mailand und Haag, aber sämmtlich so unbedeutender Art, daß sie kaum erwähnt zu werden verdienen. Ueberall haben die Vorsichtsmaßregeln der Regierungen ausgereicht, um Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten. Selbst in Spanien, wo man Befürchtungen hegte, daß es zu ernsten Ruhestörungen kommen könnte, sind die Arbeiter-Kundgebungen, die Aufzüge und Versammlungen verhältnißmäßig ruhig verlaufen, wenn auch die Redner weidlich über die heutige Gesellschaftsordnung und die damit verbundene Tyrannei geschimpft haben.

Die Freunde von Gesetz und Ordnung und der bestehenden Staats- und Gesellschaftsorganisation können mit dem Verlauf des 1. Mai wohl zufrieden sein, die Grundlagen, auf welchen das menschliche Dasein und die Entwickelung der Zukunft beruht, haben durch die socialistische Bewegung der letzten 20 Jahre noch nichts an ihrer Festigkeit und Dauerhaftigkeit eingebüßt, der socialistische Zukunftsstaat hat noch keine Aussicht, verwirklicht zu werden. Die socialistischen Abgeordneten des dänischen Reichstages erklärten am 1. Mai in den Versammlungen, in welchen sie als Redner auftraten, daß der Normalarbeitstag ein Mittel zur Verwirklichung des socialistischen Staates sei, sie werden demgemäß eingesehen haben, daß die civilisirte Menschheit von diesem Staate nichts wissen will, daß sie es vorzieht, auf der bestehenden Grundlage die weitere Entwickelung sich vollziehen zu lassen. Auch Bebel hat im deutschen Reichstage erklärt, der Uebergang von der heutigen zur socialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung werde sich mit Nothwendigkeit und ohne Anwendung von Gewalt vollziehen, es ist aber bis jetzt noch nichts davon zu merken, daß diese grundstürzende Veränderung jemals eintreten könnte.

Daß die veränderte Production, welche die Folge der Erfindung der Dampfmaschine ist, vielfach umgestaltend auf die menschlichen Verhältnisse einwirken mußte, daß sie in der Gesetzgebung und in dem Verhältniß der Stände zu einander zum Ausdruck kommen mußte, stand längst fest, ehe die socialistischen Ideen sich in der Praxis Geltung zu verschaffen suchten, aber es ist ein schwerer und verhängnißvoller Irrthum, die unausbleibliche Umgestaltung in dem Sinne aufzufassen, daß dadurch das Recht der Selbstbestimmung aufgehoben werden könnte. Dieser Irrthum ist eine Ausgeburt der Herrschsucht und Selbstüberschätzung einiger weniger Personen, welche die Macht der Zahl für ihre Zwecke glauben ausbeuten zu können.

Die fabrikmäßige Herstellung der Gebrauchs-Gegenstände bringt es mit sich, daß eine größere Anzahl Personen sich zu gleichem Zweck in geschlossenen Räumen zusammenfinden, und da die Fabrikation gewisser Gegenstände an Vorbedingungen geknüpft ist, welche an den Ort gebunden sind, so häufen sich die Fabrikanlagen an solchen Orten, so daß der größere Theil der Bevölkerung dort aus Fabrikarbeitern besteht. Das Zusammenleben einer starken Fabrikbevölkerung bildet eine Gefahr, weil eine etwa vorhandene Unzufriedenheit leicht und schnell um sich greift, und zu Ausschreitungen Gelegenheit bietet. Die Beobachtung dieser Thatsache hat die Entstehung der socialdemokratischen Partei herbeigeführt. Es haben sich einzelne Persönlichkeiten, welche das Zeug dazu in sich fühlten, zu Führern der Arbeiter-Bevölkerung aufgeworfen, und in dieser Führerschaft die Befriedigung ihres Ehrgeizes gefunden. Für Weltverbesserer war das eine willkommene Gelegenheit, ihr Licht leuchten zu lassen und eine Bedeutung zu gewinnen, die ihnen ohne solche Führerschaft niemals zugefallen wäre. Wir haben gesehen, welches Ende einzelne dieser Personen genommen haben, z. B. Hasenclever, Hasselmann und Most.

Im Laufe der Zeit sind die himmelstürmenden Bestrebungen auf ein bescheideneres Maß zurückgeführt worden. Als die Führer eingesehen haben, daß es mit der gewaltsamen Aufrichtung des socialistischen Staates nicht so schnell geht, haben sie mehr praktischen Socialismus getrieben und die Ausbeutung des Coalitionsrechts nach allen Richtungen hin versucht. Aber dabei haben sie niemals das Ziel aus den Augen verloren, mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts die Herrschaft an sich zu reißen, durch die rohe Gewalt der Zahl eine Bedeutung im Staatsleben zu gewinnen, die ihnen nach dem Werthe der Leistungen der von ihnen beeinflußten Wähler nicht gebührt. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß es ihnen gelingen wird, schließlich die Mehrheit der Volksvertretung zu bilden, wie es in einzelnen Orten dahin gekommen ist, daß sie die Mehrheit in der Gemeindevertretung an sich gebracht haben. Das ist aber ein Irrthum, denn eine solche Veränderung würde nur möglich sein, wenn die anderen Parteien auf die Ausübung ihres Stimmrechts Verzicht leisteten und es ohne Widerstand geschehen ließen, daß die Fabrikarbeiter über Wohl und Wehe des Volkes zu entscheiden hätten.

Bisher liegt die Sache immer noch so, daß die Socialdemokraten ihre Erfolge der Lässigkeit der übrigen Parteien zu verdanken haben, wenn sich die Ordnungsparteien wie ein Mann erheben, dann wird es bald genug dahin kommen, daß die Socialdemokraten nur in ganz vereinzelten Fällen in den Reichstag gewählt werden. Die Macht des Socialismus beruht auf der Uneinigkeit und auf der Selbstsucht und Sorglosigkeit der Nicht-Socialisten, es muß sich erst das Verständniß der Thatsache allgemein Bahn brechen, daß man Leuten, die auf ihre Zahl pochen, auch nur durch die Zahl imponiren kann. Wir leben noch viel zu sehr in den Anschauungen der Vergangenheit, in welcher das Ansehen der Person die Hauptquelle von Macht und Einfluß war, da die Lehre von der Gleichberechtigung noch nicht so weit um sich gegriffen hatte, daß der Mensch gleiche Ansprüche habe, ob er Verstand, Kenntnisse und Urtheil besitzt, oder nicht. In der Praxis sind zwar die Unterschiede, welche das Vorhandensein oder der Mangel dieser Vorzüge bedingt, noch heute in Geltung, aber in der Theorie nicht, und der Rest des Unterschiedes wird zum Theil ausgeglichen durch die Unverschämtheit, mit welcher Unverstand, Unwissenheit und Urtheilslosigkeit im öffentlichen Leben auftreten.

Der 1. Mai ist in vieler Beziehung ein sehr wichtiger Tag gewesen, er hat den Socialisten gezeigt, daß sie nicht alles thun können was sie wollen, aber er hat auch den Freunden des Bestehenden eine ernste Lehre gegeben. Der 1. Mai hat uns daran erinnert, daß es nur von uns abhängt, die wir Ruhe und Ordnung lieben, sie zu erhalten und sie uns für die Zukunft zu sichern. Dazu ist es aber nöthig, daß wir die uns zu Gebote stehende Macht ausüben, daß wir nicht durch Uneinigkeit und Lässigkeit in der Geltendmachung unserer Rechte einen Zustand herbeiführen helfen, dessen Unhaltbarkeit auf der Hand liegt, dessen Eintritt aber unsägliches Unglück über die Welt bringen würde. *

## Leipzig, 3. Mai.

* Die **parlamentarische Campagne** wird sich diesmal voraussichtlich so weit in die Länge ziehen, wie noch in keinem Jahr. Nachdem wir bereits eine **Reichstagssession** vom 22. October 1889 bis 25. Januar 1890 hinter uns haben, tritt der **neugewählte Reichstag** am 6. Mai abermals zusammen und der Umfang der angekündigten gesetzgeberischen Aufgaben, verbunden mit den zahlreichen von einer neuen Volksvertretung zu erwartenden Anträgen, läßt den Schluß der Session vor Juli nicht ins Auge fassen. Dazu kommt das seit 14. Januar tagende Abgeordnetenhaus, welches mit seinen Arbeiten noch so weit im Rückstand ist, daß nur sehr günstige Berechnungen eine Beendigung vor Pfingsten für möglich halten, sehr leicht aber auch dieser Termin überschritten werden kann, zumal wenn noch erheblicher neuer Arbeitsstoff vorgelegt werden sollte. Wir werden somit in dieser Saison etwa neun Monate ziemlich ununterbrochener und meist in den beiden großen constitutionellen Körperschaften gleichzeitig geführter parlamentarischer Arbeit durchmachen, und dabei waren noch nicht einmal gesetzgeberische Werke ersten Ranges weder im Reich, noch in Preußen zu erledigen. Im November ist dann aufs Neue die Einberufung von Reichstag sowohl als **preußisches Abgeordnetenhaus** zu erwarten. Das stellt sowohl an die Arbeitskraft der Abgeordneten als an die Theilnahme des Publicums Anforderungen, die kaum mehr zu befriedigen sind. Insbesondere für den Reichstag ist Selbstbeschränkung, Enthaltung von unnützen Abschweifungen und rasches Losgehen auf das Ziel eine Lebensbedingung. Man darf gespannt sein, wie der neue Reichstag mit seiner veränderten Majorität diese Aufgabe erfüllen wird. Wir fürchten, in der äußeren Geschäftsbehandlung war ihm der Cartelreichstag überlegen.

* Am 1. Mai waren 20 Jahre verflossen, seit der Herr Staatssecretair des Reichspostamts **Dr. v. Stephan** als Nachfolger des damaligen Generalpostdirectors v. Philippsborn zum Leiter des Postwesens ernannt wurde. Was unter der Verwaltung des Herrn v. Stephan zur Verbesserung des nationalen und internationalen Verkehrswesens im Allgemeinen und des Postdienstes im Besonderen geschehen ist, spricht so sehr für sich selbst, daß wir uns dessen enthoben glauben, von den Verdiensten eines Mannes zu berichten, dessen geniale Leistungen Freunde wie Gegner, In- und Ausland, ja die ganze Culturwelt hochschätzen.

* Die Eröffnung der **strategischen Reichseisenbahnen** findet nach einem Telegramm der „Hamburger Nachrichten" aus **Karlsruhe** am 20. Mai statt.

* Die **bayerische Abgeordnetenkammer** bewilligte die Etatübertragungen der Ueberschüsse von 1886/88 auf die Finanzperiode 1890/91. Der Finanzminister erklärte, aus den Ueberschüssen von 1888 jetzt schon mehr einzustellen, würde bedenkliche Begehrlichkeiten hervorrufen; die bayerischen directen Steuern seien niedriger als irgendwo, nur die Mutationsgebühr sei höher, jedoch sei dieselbe größtentheils den Speculanten auferlegt; letztere auf eine einprocentige herabzusetzen, würde eine Mindereinnahme von drei bis vier Millionen ergeben, welche durch eine Erhöhung der directen Steuern einzubringen, die Kammer wohl abgeneigt wäre. Sobald die Etatsüberschüsse absehbar dauerhaft sein werden, werde der Finanzminister weitere Erleichterungen im nächsten Budget einsetzen. Der Etat wird unter Genehmigung einer Staatsreserve von 425 952 ℳ bilancirend auf 280 291 642 ℳ erhöht. Morgen Petitionen.

* Wie dem „Hannoverschen Courier" aus **Straßburg** mitgetheilt wird, hat der **Kaiser** bei Besichtigung des **Forts Bismarck** vor Straßburg am 24. v. M., Mittags, von dort aus ein Telegramm an den **Fürsten Bismarck** nach **Friedrichsruh** gerichtet.

* * *

* An die Hauptleitung des **Deutschen Schulvereins** in Wien waren wiederholt Anfragen gerichtet worden, ob infolge der bekannten Vereinbarungen, von welchen die deutschen Landtags-Abgeordneten in Böhmen den Wiedereintritt in den Landtag abhängig gemacht haben, die Thätigkeit des Vereins nunmehr in geringerem Maße in Anspruch genommen werden würde. Jetzt erläßt die Vereinsleitung eine Erklärung, in welcher es unter Anderem heißt: „In den Verhältnissen in Böhmen dürfte insofern eine Besserung Platz greifen, als es uns leichter gemacht werden wird, öffentliche Schulen für unsere Stammesbrüder zu erlangen, beziehungsweise die Schulen des Vereins in die öffentliche Verwaltung zu übergeben. Bisher waren derartige Abwälzungen unserer Anstalten nur mit den größten Schwierigkeiten möglich und wurden durch unendliche, stets sich wiederholende Verhinderungs- und Verschleppungsversuche seitens unserer Gegner so sehr hinausgeschoben, daß wir erst in wenigen Fällen unser Ziel, die Errichtung einer öffentlichen Schule, erreicht haben. Durch die Schaffung besonderer Minoritätsschulen dürfte es nun in Zukunft leichter werden, an die Stelle von Schulvereinsschulen Schulen, die aus Landesmitteln erhalten werden, zu setzen. Aber abgesehen davon, daß niemals unsere sämmtlichen Schulen in dieser Weise durch öffentliche Schulen werden ersetzt werden können, wäre es weit gefehlt, aus diesen Umständen folgern zu wollen, daß nunmehr die Anforderungen, die in Böhmen an unseren Verein gestellt werden, sich vermindern werden oder dieser vielleicht gar überflüssig geworden wäre. Neben den Schulen, die wir in unserer eigenen Verwaltung behalten müssen, sind wir genöthigt, nach wie vor eine größere Anzahl von Kindergärten zu erhalten, die nicht in die öffentliche Verwaltung übergeben werden können. Außerdem liegt uns ob die unverminderte Unterstützung einer großen Anzahl von öffentlichen, bereits bestehenden Schulen, deren Verhältnisse nicht geändert sind. Wir würden uns einer großen folgenschweren Täuschung hingeben, wenn wir annehmen wollten, daß unser nationaler Besitzstand in Böhmen bereits dauernd gesichert sei. Mehr denn je werden die Slawen bemüht sein, das deutsche Sprachgebiet mit ihren Einwanderern zu überschwemmen, heftiger denn je wird der Ansturm gegen die deutschen Minoritäten in czechischen Gemeinden sich entfalten, und mehr denn je werden diese trotz etwaiger gesetzlicher Reformen die Hilfe ihrer nicht bedrohten Stammesgenossen bedürfen. Unter diesen Umständen wird die Thätigkeit unseres Vereins nicht nur nicht überflüssig werden, sondern sie wird in noch größerem Maße in Anspruch genommen werden."

* Bisher war der **Magyarisirung** der deutschen, slawischen und rumänischen **Volksschulen in Ungarn** insofern ein Hinderniß in den Weg gelegt, als sehr viele im mittleren und höheren Lebensalter stehende Lehrer der magyarischen Sprache entweder gar nicht oder nur in geringem Maße mächtig waren. Jetzt hat nun das ungarische Unterrichtsministerium an alle diejenigen kirchlichen Oberbehörden, denen Lehrerbildungsanstalten mit nichtmagyarischer Unterrichtssprache unterstehen, einen strengen Erlaß gerichtet, nach welchem in diesen Anstalten die magyarische Sprache in einer, dem im Gesetze bezeichneten Zwecke entsprechenden Stundenzahl und mit angemessenem Erfolge zu lehren ist. Außerdem soll ein Lehrerdiplom nur solchen Lehrern gewährt werden, welche der magyarischen Sprache in Wort und Schrift in solchem Maße fähig sind, daß sie dieselbe auch zu lehren befähigt seien. Dieser Erlaß ist zugegangen dem Karlsburger griechisch-katholischen Erzbischof, den griechisch-katholischen Bischöfen zu Szamosch-Ujvar und Großwardein, dem griechisch-orientalischen Metropoliten in Hermannstadt, den griechisch-orientalischen Bischöfen zu Arad und Karansebesch, dem Administrator des Karlowitzer Patriarchats und den zwei evangelischen Bischöfen in Ungarn und Siebenbürgen. Es richtet sich also der Erlaß gegen Deutsche, Rumänen und Serben.

* Man schreibt der „Kreuzzeitung" aus **Petersburg**:

Nach und nach beginnt die Aufregung, die hier hinsichtlich der **Kronstadter Affaire** geherrscht hat, sich zu legen. Man muß es den hiesigen leitenden Kreisen dabei rühmend nachsagen, daß sich der Groll mehr gegen die Verkäufer als gegen die Käufer der betreffenden Geheimacten gerichtet, und daß man somit den Balken im eigenen Auge vor dem Splitter im fremden nicht übersehen hat. Es hat eben einen tiefen, nachhaltigen und niederschlagenden Eindruck gemacht, daß active Officiere sich soweit vergessen konnten, für verhältnißmäßig geringe Summen die Verräther zu spielen, so tolerant in gewissem Sinne man hier sonst über Käuflichkeit denkt! Die unangenehme Affaire hat durch die unlängst erfolgte Abreise eines hiesigen auswärtigen Militair-Attachés ihren Abschluß gefunden, von dem man sagt, daß er der „Meistbetheiligte" gewesen sei. Es wird genügen, wenn ich hervorhebe, daß es sich dabei nicht um ein Mitglied der deutschen Botschaft handelt. — Vor einigen Tagen ist General v. Werder wieder nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er über acht Wochen Gast des Kaisers im Winterpalais gewesen ist. Die hiesigen industriellen und handeltreibenden Kreise freuen sich immer besonders über den Besuch dieses Generals, weil derselbe als Russenfreund par excellence gilt und man daher sein Kommen als eine Art Friedenssymptom ansieht.

* Aus **Christiania**, 28. April, schreibt der Correspondent der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

Zum Empfang des **Kaisers Wilhelm** wird der König sich in den ersten Tagen des Juli hierher begeben. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in der norwegischen Hauptstadt geht dann Höchstderselbe an der schwedischen Küste an Bord seiner Reisejacht „Drott", um die längst vorgenommene Reise längs der Ostsee anzutreten. Die Fahrt geht den Bottnischen Meerbusen hinauf; dann begiebt Se. Majestät sich nach der Stadt Oestersund in Jemtland und von da auf der Eisenbahn nach Drontheim, um in jener Gegend des nördlichen Norwegens den militairischen Feldübungen beizuwohnen und so der norwegischen Armee seine Theilnahme zu bezeigen.

Zur Aufwartung des Kaisers sind hier der Generalmajor und frühere Staatsminister Hjerull, der Oberst Rogust und der Seewehrcapitain Dannevig bestimmt. Dem hohen Reisenden hat man hier die feierliche Eröffnung des neuen Weges zwischen dem bekannten 1300 Fuß hoch gelegenen Frognersäter (einer Art Sennhütte mit großartiger Aussicht) und dem Holmenkollen, einer Höhe, wo die Stadt und eine Actiengesellschaft eine Strecke Waldes zur Herstellung eines Parks angekauft haben, zugedacht. Die hier wohnenden Deutschen haben einen besonderen Empfang vorbereitet. Sie hielten um Mitte der vorigen Woche auf Anregung des deutschen Generalconsuls, Frhrn. v. Oerthen, eine Versammlung, worin nach Lebehoch und Rede für König Oskar die Niedersetzung eines Comités beschlossen ward, welches Vorschläge für den Empfang entwerfen und sich mit dem Festcomité der Stadtvertretung in Verbindung setzen soll. Man denkt dem hohen Besuchenden im Christianiafjord auf einem eigenen Fahrzeug entgegenzufahren und ihn dann am Landungsplatze von einer besonderen Tribüne aus zu begrüßen. Die Versammlung schloß mit einer Rede des Generalconsuls und einem lebhaft beantworteten Hoch auf Kaiser Wilhelm. Noch sei erwähnt, daß der hiesige Vorsitzer eines Touristenvereins, Thorwald Beyer, welcher vor einem Jahre den Kaiser auf einem Theile der norwegischen Reise geleitete, kürzlich vom königlichen Ober-Hofmarschallamt in Berlin die Anfrage erhalten hat, ob er auch diesmal willig sei, auf des Kaisers Reise die Führerschaft zu übernehmen.

* Ueber den **Kronbefehl des Kaisers**, betreffend den Officiersersatz, trägt die „Straßburger Post" noch eine Aeußerung der **Pariser „France"** nach, welche um so beweiskräftiger sein dürfte, als dieses Blatt bekanntlich sehr deutschfeindlich ist. Die „France" sagt unter Anderm:

Man sollte glauben, der Erlaß stamme von einem Weisen, der im